

Es gilt das gesprochene Wort
TOP 4 – Hochschulzulassungsgesetz

Dazu sagt die bildungspolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Angelika Birk:

Hochschulzulassungsgesetz: Landtag hat heute die Katze im Sack beschlossen

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503

Fax: 0431 / 988 - 1501

Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 266.09 / 19.06.2009

Aus Protest gegen ein Paukstudium und aus Angst durch scharfe NCs vom Studium oder Weiterstudium ausgeschlossen zu werden, gehen in diesen Tagen auch in Schleswig Holstein viele junge Leute auf die Straße. Dies ignoriert die große Koalition.

Das Hochschulzulassungsgesetz soll im Grundsatz regeln, wie viele Studierende und nach welchen Kriterien zum Bachelor-Studium zugelassen werden oder die nächste Hürde zum Master nehmen dürfen.

Obwohl er erst zum Wintersemester des kommenden Jahres also 2010/2011 Wirkung entfalten soll, wurde schon heute der Gesetzesentwurf der Landesregierung mit sehr wenigen Änderungen nach einer gestrigen kurzen Sondersitzung im Bildungsausschuss heute im Landtag beschlossen, um in wenigen Tagen in Kraft zu treten. Selbst die von den Grünen beantragte Vertagung um eine Sitzung, also nur wenige Wochen, damit eine gründliche Beratung möglich ist, war der Koalition zu viel. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

Alle Hochschulen haben am Hochschulzulassungsgesetz der Landesregierung heftige Kritik geübt und insbesondere die Hochschulen aus Lübeck hatten konkrete Änderungen vorgeschlagen. Diese wurden von der Opposition heute zur Abstimmung gestellt, aber bis auf eine Ausnahme nicht angenommen. Konsequenterweise hat die Opposition gegen das Gesetz gestimmt.

Zu kritisieren sind vor allem auch die Lücken im Gesetz. Zentrale Fragen mit finanz-, bildungs- und sozialpolitischem Sprengstoff, hat das Gesetz nicht geregelt. Das Entscheidungsrecht hierüber behält sich die Regierung durch Verordnung vor. Dies ist undemokratisch.

Die Koalition hat also heute mit dem Gesetz und der bisher nicht öffentlichen Verordnung eine Katze im Sack beschlossen, die die Hochschulen ihre Krallen noch spüren lassen wird.
